

1. B. 15. 51. H. 7.

~~HT~~

SPERRFRIST
EMBARGO
22. Sep. 1977 16 15

STAATSBESUCH IN DER SCHWEIZ VON HERRN WALTER SCHEEL
PRÄSIDENT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
UND FRAU DR. MILDRED SCHEEL

ANSPRACHE VON HERRN BUNDESPRÄSIDENT KURT FURGLER,
VORSTEHER DES EIDG. JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENTES
ANLÄSSLICH DES EMPFANGES DURCH DEN GESAMTBUNDESRAT

Mit grosser Freude heisse ich Sie, Herr Bundespräsident und Ihre verehrte Frau Gemahlin in der Schweiz willkommen. Einen besondern Gruss entbiete ich dem geschätzten Aussenminister Ihrer Regierung, der zum ersten Mal in seiner heutigen Funktion in unserem Lande weilt. Dass Sie in dieser schweren Zeit den Weg aus Ihrer Heimat ins befreundete Nachbarland zurücklegten und damit dem Beispiel der unvergessenen früheren Staatspräsidenten der Bundesrepublik Deutschland folgten, ist uns Beweis, dass Freunde gerade in kritischen Stunden die persönliche Begegnung suchen, um in offenem Gespräch Gedanken auszutauschen, zum Nutzen beider Staaten und der in ihnen lebenden Menschen.

Herr Bundespräsident, Sie kommen zu uns als Vertreter einer Demokratie, die dem einzelnen Menschen die volle Ausübung seiner Rechte gewährleistet. Menschenwürde und Menschenrechte, schon vorstaatlich gegeben, sind durch den Staat, durch jeden Staat zu respektieren ! Aus dem Schatten der Vergangenheit tretend, haben Ihre Vorgänger und Sie,

haben Volk, Parlament und Regierungen Ihres Landes, einen Staat geschaffen, der in vielen Beziehungen wegen der Freiheitlichkeit seiner Institutionen Vorbild sein kann. Ich zitiere aus dem Grundgesetz: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. ... Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmässige Ordnung oder das Sittengesetz verstösst." Vom gleichen Geist beseelt ist das Wort von Theodor Heuss: "Die äussere Freiheit der vielen lebt aus der inneren Freiheit der Einzelnen."

Als dieser Bundespräsident, nach dem Ende seiner Amtszeit, in der Frankfurter Paulskirche den Friedenspreis entgegennahm, sprach er "von der geistigen Freiheit unserer Zeit". Der Friede sei mehr als ein völkerrechtlich umschriebener Staatenzustand. Und dann sagte er, dass das Miteinander von Menschen und Völkern nicht zu einem Gegeneinander führt, ...dass Toleranz auch mehr ist als ein passives, ein duldendes

Hinnehmen der Gegebenheiten und Sonderlichkeiten, sondern im geistigen wie moralischen Raum ein Element aktiver Tapferkeit. Ihm zu genügen und damit dem innern, dem äussern Frieden, ist die Frage, die auf den Einzelnen, auch auf den Einzelnen von Ihnen - ich füge bei: auf uns alle - zukommt, und in deren millionenfacher Beantwortung ein Volk - , ein Völkerschicksal beschlossen ist. Der innere und der äussere Frieden sind heute gefährdet.

Die Dämonen der Verneinung sind auch bei Ihnen nicht völlig gewichen. Gemeinsam sind wir der Auffassung, dass der Kampf gegen diese Bedrohung mit den Waffen des Rechtsstaates gewonnen werden muss. Wer empfindet nicht mit Ihnen, mit dem ganzen deutschen Volk und seiner Regierung, Trauer und Empörung ob der ruchlosen Morde an Unschuldigen, deren Angehörigen unser herzliches Mitgefühl gilt. Wer hofft nicht mit der Familie der entführten Geisel, dass das Morden ein Ende nimmt. Ihre Demokratie, unsere Demokratie, jede Demokratie ist offen für Veränderungen, die im Rahmen der rechtsstaatlichen Ordnung von der Mehrheit der Bürger beschlossen werden.

Systemveränderungen durch Gewalt anstelle rechtlich erlaubter Mittel bedeuten den Tod der Demokratie. Wer diese - Ihre und unsere - Staatsform bejaht, weiss um den tiefen Respekt vor dem Menschen, der sie auszeichnet:

- deshalb ist in der Demokratie jede Macht beschränkt;
- deshalb ist Demokratie nur Herrschaft auf Zeit;
- deshalb gilt in der Demokratie das Wort Reinhold Schneiders, wonach kein Machträger je die Macht zu Eigentum erhält, vielmehr als Lehen auf Zeit, für das er Rechenschaft schuldet.

Sind wir nicht aufgerufen, die für das Zusammenleben der Menschen und Völker unerlässliche Synthese von Freiheit und Ordnung zu verwirklichen, um sowohl Anarchie als auch Diktatur zu bannen. Jedem Menschen, insbesondere auch in Europa ist diese Aufgabe gestellt; keiner kann seiner Mitverantwortung an der modernen Industriegesellschaft entfliehen. Sie ist Teil seines Schicksals, Ausdruck der engen zwischenmenschlichen und zwischenstaatlichen Beziehungen im zu Ende

gehenden 20. Jahrhundert. Wie recht hat Peter Dürrenmatt, wenn er einmal sagte: "Die Frage, ob Europa überdauern wird, ist die Frage nach der Stärke oder Schwäche des Daseinswillens seiner Menschen."

Sie kommen in erster Linie zu uns, Herr Bundespräsident, um die guten, ich darf sagen ausgezeichneten nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen unsern beiden Staaten zu pflegen. Wir wissen das ganz besonders zu schätzen. Die Schweiz ist ein kleines Land. Im Verlauf der Geschichte mag sie gelegentlich den Eindruck erweckt haben, sie wüsche vergessen zu werden. Zweifellos lehrte uns die Erfahrung, dass ein allzu direktes Interesse der Grossmächte an unserm Geschehen oft eigennützigen Motiven entsprang, die unserer Unabhängigkeit wenig zuträglich waren. Dabei sind und bleiben wir Europa eng verbunden. Einmal geographisch, im Herzraum unseres Kontinents. Ist nicht der Weg von Bern nach Lissabonn ungefähr gleich weit wie die Distanz zur russischen Grenze und steht das Gotthardmassiv nicht in der Mitte zwischen Skandinavien und Sizilien? Dann aber ist die Schweiz auch untrennbar mit dem Abendland

verbunden, hat sie doch ebenso sehr allemanische wie lateinische Wurzeln. Wenn das Wort "gross" in einem Kleinstaat erlaubt ist, dann meine ich den Reichtum an Sprachregionen vom Léman zum Bodensee, vom Tessin bis nach alt fry Rhätien; dann denke ich an die 25 bald 26 Gliedstaaten, die sich konzentrisch zum Bild der schweizerischen Eidgenossenschaft zusammenfügen: dem Bundesstaat von heute.

Wir wollten nie mehr und nie weniger als unsern Weg in Selbstbestimmung gehen. Einen Weg, den uns nicht der Eigensinn, sondern die Eigenart und Vielfalt unserer Kultur, unseres Viersprachenlandes, eines Vielparteienstaates vorzeichnet, wo der Ausgleich der Gegensätze zur Einheit in der Vielfalt führt. Das ist der Auftrag der Schweiz als Willensnation.

Ein Staat, der von der überwältigenden Mehrheit der Bürger nicht vergöttert, aber auch nicht verteufelt, sondern ganz natürlich bejaht wird. Stets reformbedürftig, gewiss, aber ausbaufähig, weil er auf tragendem Fundament ruht. Ich meine die entscheidenden Staatsgedanken: Schutz des

Menschen in seiner persönlichen Würde und mit seinen Grundrechten; Föderalismus nicht nur in geschichtlicher Schau sondern als Verpflichtung für Gegenwart und Zukunft; gelebte und nicht zerredete Demokratie in einem modernen Bundesstaat, der für die europäische und weltweite Partnerschaft offen ist.

Heute sucht Europa nach einer dauerhaften Einigung. Es sieht sich dabei ähnlichen Problemen gegenübergestellt wie die Schweiz bei ihrer Staatswerdung. Europa - eine Willenseinheit ?

Ist nicht der Europarat ein geeigneter Treffpunkt von 19 europäischen und Werkplatz aller europäischen Demokratien !

Ihr Land, Herr Bundespräsident, ist seit Ende des Krieges in bedeutsamer Weise am Auf- und Ausbau eines freien Europas beteiligt. Die Dauerhaftigkeit der Versöhnung unter den Mächten dieses Kontinents wird von Ihrem Staat tatkräftig gefördert. Durch die entscheidende Mitarbeit der

Bundesrepublik Deutschland in den europäischen Gemeinschaften wird, so hoffen wir, das Gewicht Europas in der Welt verstärkt. Die Schweiz misst neben der bilateralen Zusammenarbeit dem Ausbau enger und fruchtbarer Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den übrigen europäischen Staaten allergrösste Bedeutung zu. Für Wirtschaft und Handel sind unsere Grenzen weit geöffnet. Mit besonderer Genugtuung blicken wir auf den 1. Juli dieses Jahres zurück, als die letzten Industriezölle fielen, so dass wir unseren gemeinsamen gewerblichen Warenverkehr in einem Freihandelsraum abwickeln können, der neben unseren beiden noch 14 weitere europäische Staaten umfasst. Auf den Gebieten der Kunst, der Literatur und der Wissenschaften waren die Beziehungen zwischen Ihrem Lande und uns kaum jemals so fruchtbar und rege wie heute, auch nicht in der Zeit vor der Bildung europäischer Nationalstaaten. Der Austausch ist so reich und vielfältig, dass er kaum erfassbar scheint, und doch wickelt er sich, und das sei besonders hervorgehoben, problemlos ab.

Das alles bedeutet nicht, es gebe zwischen unseren beiden Regierungen überhaupt keine Probleme zu besprechen. Fragen sind offen, die sich zum Teil aus der verschiedenen Situation unserer beiden Länder ergeben; andererseits stehen wir als hochentwickelte Industriestaaten wirtschaftlichen Aufgaben gegenüber, die eine gemeinsame Aussprache als sinnvoll erscheinen lassen. Dass sich Bonn und Bern gut verstehen, sind die Voraussetzungen gegeben, gemeinsame Sorgen partnerschaftlich zu lösen, einander gutnachbarliche Hilfe zu leisten.

Das Gespräch unter Partnern ist in Europa nötiger denn je. Herr Bundespräsident, seit Ihrem letzten Besuch in Bern, im Jahre 1972, in Begleitung des von uns hochgeschätzten Dr. Gustav Heinemanns hat sich die Welt erstaunlich verändert. Wir sind uns der begrenzten Verfügbarkeit von Rohstoffen und Energiequellen bewusst geworden; wir sehen ein, dass die wirtschaftlichen Wachstumsraten der Nachkriegszeit nicht oberste Leitlinie sein können. Wir wissen aber zugleich, dass das Tief der wirtschaftlichen Stagnation überwunden werden muss, ohne die Inflation zu provozieren. Auch blieb uns nicht verborgen,

dass die Arbeitslosigkeit in den meisten Industrieländern zu einem der schwersten politischen Probleme geworden ist. Die Zahl der Probleme wächst und die Lösungsmöglichkeiten scheinen sich zuweilen förmlich zu widersprechen. Das erschwert die Aufgabe der Regierungen. Sie können ebensowenig wie der Einzelne gleichzeitig Unvereinbares verwirklichen; sie müssen den Mut haben, eine Wahl zu treffen.

Es scheint mir sehr wichtig, Herr Bundespräsident, dass wir auch diese schwierigen Probleme, denen sich unsere Staaten gegenüber gestellt sehen, gemeinsam besprechen. Ich bin sicher, dass dieser Gedankenaustausch für beide Seiten fruchtbar sein wird. Lassen Sie mich zum Schluss den Wunsch, nein die Gewissheit ausdrücken, dass die Freundschaft zwischen unseren beiden Staaten durch dieses Treffen gefestigt wird. Dadurch leisten wir einen weiteren Beitrag zum Einvernehmen unter den europäischen Völkern, zu ihrem Wohlergehen. Diesen Wunsch spreche ich aus im Namen des Bundesrates, im Namen des Schweizer Volkes. Seien Sie bei uns herzlich willkommen !

* * *